

# Die Kompanien des Prinzen

Mit bis zu 84 000 Kämpfern wollte die „Reichsbürger“-Putschtruppe um Heinrich XIII. Prinz Reuß Deutschland beherrschen. Wie gefährlich waren die Verschwörer wirklich? Ein exklusiver Einblick in ihre militärischen Gedankenspiele.

VON JANOSCH MAIERHOFER

**BERLIN.** Die größte Razzia gegen rechtsextremen Terror der vergangenen Jahrzehnte ist schon wieder fast ein Jahr her: Am frühen Morgen des 7. Dezember 2022 wurden die mutmaßlichen Verschwörer um den Frankfurter Unternehmer und Adelsspross Heinrich XIII. Prinz Reuß festgenommen, 27 Personen sitzen seitdem in Untersuchungshaft. Gegen mittlerweile 69 Beschuldigte wird ermittelt, unter ihnen eine Richterin und Ex-AfD-Bundestagsabgeordnete, frühere Elitesoldaten, mehrere Polizistinnen und Polizisten und eine Ärztin. Die mutmaßliche Putschistengruppe ist so groß, dass die Strafverfolger den Komplex wohl vor drei, wenn nicht gar vier Oberlandesgerichten anklagen müssen.

Die Anklagen will der Generalbundesanwalt noch vor dem Jahrestag der Razzia am 7. Dezember zustellen. Als Erstes soll nach Informationen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND) gegen den militärischen Arm der Patriotischen Union verhandelt werden, im Hochsicherheits-Prozessgebäude von Stuttgart-Stammheim.

In der Gruppe um den Adligen und „Reichsbürger“ Reuß versammelten sich Verschwörungsgläubige aller Couleur: Die einen hingen den Ideen von QAnon an, andere waren in esoterische Pfade abgeglitten, auch Außerirdische spielten in den Überlegungen eine Rolle. An einem noch zu benennenden „Tag X“ sollte es zu einem gewaltsamen Umsturz der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik kommen. Ein ihrer Meinung nach überlegenes Netzwerk, die „Allianz“, würde die Institutionen des Staates lahmlegen. Dann stünde der „Rat“, bereit, dem Heinrich XIII. als künftiges Staatsoberhaupt vorstehen sollte. Die Berliner Richterin und Ex-AfD-Abgeordnete Birgit Malsack-Winkemann sollte „Justizministerin“ werden, die niedersächsische Ärztin Melanie R. „Gesundheitsministerin“. Der „Rat“ soll sich seit November 2021 regelmäßig heimlich auf dem Jagdschloss Waidmannsheil in Thüringen getroffen haben, „um die angestrebte Machtübernahme in Deutschland und den Aufbau eigener Staatsstrukturen zu planen“, wie die Bundesanwaltschaft schreibt.

## Eine krude Rechnung

Wie aber sollte die neue Ordnung aufrechterhalten werden? Das RND bekam nun Einblick in die militärische Struktur der Putschtruppe, die sogenannten Heimatschutzkompanien. Die Rechnung der Verschwörer war demnach ebenso einfach wie krude: Jeder Tausendste der deutschen Bevölkerung würde den Putsch und die militärischen Verbände der neuen Ordnung unterstützen. Das gäbe den Heimatschutzkompanien ein Potenzial von bis zu 84 000 Kämpfern. Zehntausende Bewaffnete also, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems,



Er sollte nach dem erfolgreichen Putsch das neue Staatsoberhaupt sein – so hatten es die Verschwörer geplant: Heinrich XIII. Prinz Reuß bei seiner Festnahme im Dezember vergangenen Jahres. Mit ihm sitzen 26 weitere Personen in Untersuchungshaft.

FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

nach dem Ende von Polizei und Bundeswehr, die neue Ordnung schützen sollten.

Viele dieser Einheiten existierten nur auf dem Papier, teils in detaillierten Organigrammen von Dienstgraden und Befehlsketten, hinter denen aber noch keine realen Menschen standen. Es gab Stempel, DIN-A4-Schreibblöcke und teils sogar Autokennzeichen. Einigen waren konkrete Aufgaben zugeordnet. Und eine Handvoll dieser Putschtruppen hatte wohl bereits einen realen Grundstock von überzeugten und bewaffneten Mitstreitern – davon ist zumindest der Generalbundesanwalt überzeugt.

## Die Auswirkungen wären durchaus verheerend gewesen.

Jan Rathje, Politikwissenschaftler

Im württembergischen Horb am Neckar durchsuchten die Ermittler am 7. Dezember vergangenen Jahres das Unternehmen von Ralf S. Der Dachdecker war in der 25 000-Einwohner-Stadt als „Querdenker“ und Anmelder von Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen aufgefallen: Dass er auch ein „Reichsbürger“ war, überraschte dennoch einige. Bei ihm soll sich laut „Zeit“ mehrfach der militärische Arm der Putschplaner getroffen haben.

Für den Großraum Hannover waren gleich vier Kompanien eingeplant, sie trugen die Nummern 366 bis 369. Für die 366 war höchstwahrscheinlich ein pensionierter SEK-Polizist aus Springe vorgesehen, dessen Hof im März 2023 von den Ermittlern durchsucht worden war. Er ist nach den Erkenntnissen aus Karlsruhe nicht der einzige Polizist, der eine bewaffnete Einheit befehligen sollte. Für die Leitung der Kompanie 378, zuständig für den Kreis Minden-Lübbecke in Westfalen, war eine Kriminalkommissarin vorgesehen. Sie ist seit der Razzia vom Dienst suspendiert.

Auch Feuerwehrleute wurden in einigen Regionen wie etwa dem Erzgebirge (Heimatschutzkompanie 139) gezielt für den Dienst am imaginären neuen Staat angesprochen. Es gab aber auch Vorbehalte in den Kreisen der Verschwörer: Feuerwehrmänner und -frauen seien

sehr oft gegen das Coronavirus geimpft, mitmachen aber dürften nur Ungeimpfte, hieß es.

Zwei Männer waren für die militärische Planung der

Putschtruppe zuständig. In Olbernhau im Erzgebirge wohnte der Ex-AfD-Stadtrat Christian W., der ein Landeshandelsbetriebsunternehmen betrieb. Er ist nach Überzeu-

gung der Bundesanwaltschaft der Planer der Heimatschutzkompanien. Die Verschwörer um den brandenburgischen Buchhalter Sven B. und die im sächsischen Flöha wohnhafte Theologin Elisabeth R. sollen Anschläge auf Stromnetze und die Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant haben. Seit dem Frühjahr wird ihnen in Koblenz der Prozess gemacht.

Über W. in der Hierarchie steht der frühere Bundeswehrkommandeur Rüdiger von P. Der Ex-Oberstleutnant kommandierte von 1993 bis 1996 ein Fallschirmjägerbataillon in Süddeutschland, wo heute das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr stationiert ist.

Schicht für Schicht müssen die Gerichte die zentrale Frage klären: Wie gefährlich waren die verhinderten Putschisten wirklich? Und was einte sie eigentlich?

„Sie teilen ein verschwörungsideologisches Grundgerüst, das diese Menschen dazu bewegt hat anzunehmen, dass die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung gestürzt werden müssten“, sagt der Politikwissenschaftler Jan Rathje vom Cemas, dem Center für Monitoring, Analyse und Strategie.

## Realsatirische Momente

Man dürfe „sich trotz realsatirischer Momente nicht davon ablenken lassen, dass ein reales Gewalt- und Gefahrenpotenzial von dieser Gruppe ausgegangen ist“, warnt der Experte. „Natürlich ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Gruppe auf diese Weise einen erfolgreichen Putsch hätte durchführen können“, meint Rathje. „Aber die Auswirkungen, die eine solche terroristische Tat gehabt hätte, wären durchaus verheerend gewesen.“